STADT BAD DOBERAN BV/583/25

Beschlussvorlage öffentlich



Satzung über die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 "Quartier Severinstraße" der Stadt Bad Doberan Hier: Billigung des Vorentwurfes

Organisationseinheit:	Datum	
Amt für Stadtentwicklung und Umwelt	27.05.2025	
G		
Einreicher:		
Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö/N
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt (Vorberatung)	17.06.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Vorentwurf der Satzung über die 4. Änderung den Bebauungsplanes Nr. 8 der Stadt Bad Doberan "Quartier Severinstraße" wird gebilligt und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bestimmt.
- 2. Der Plangeltungsbereich der aufzustellenden Satzung über die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 der Stadt Bad Doberan "Quartier Severinstraße" betrifft eine Fläche von ca. 0,3 ha östlich angrenzend an die Verbindungsstraße Für das Plangebiet ist die Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung "Schule" sowie der Festsetzung eines Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Gastronomie" vorgesehen. Des Weiteren soll die Fläche der vorhandenen Skateranlage planungsrechtlich gesichert werden. Die Planziele und deren Umsetzung sind durch Abstimmung mit den Behörden und TÖB und der Öffentlichkeit vorzubereiten.
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer öffentlichen Auslegung durchzuführen.
- 4. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
- 5. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit den Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB.

Bemerkung:

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern waren keine Mitglieder der Stadtvertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. o d.e.r.

... haben folgende Mitglieder der Stadtvertretung weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt.

Sachverhalt:

Die Stadtvertretung der Stadt Bad Doberan hat in der Stadtvertreterversammlung am 15.04.2024 mit dem Aufstellungsbeschluss das Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 "Quartier Severinstraße" eingeleitet.

Anlass der Planänderung ist die notwendige Erweiterung der Lessing Grundschule, welche sich im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 "Quartier Severinstraße" befindet. In der Schule müssen aus Kapazitätsgründen mehrere Klassen in Fachräumen (Kunst, Geografie, Biologie, Musik) unterrichtet werden, obwohl es sich nicht um fachspezifische Lehrangebote handelt. Teilungsunterricht sowie Projektarbeit sind kaum möglich, da keine Ausweichräume zur Verfügung stehen. In der Schulentwicklungsplanung des Landkreises Rostock wird von beständig 4-5 Eingangsklassen in den nächsten Schuljahren ausgegangen, sodass weitere Räume dringend benötigt werden. Daher beabsichtigt die Stadt Bad Doberan, die Grundschule durch einen Containerbau zu erweitern. Die Schaffung von 6 weiteren Klassenräumen führt zu einer spürbaren Entlastung und könnte die angespannte Raumsituation merklich mindern.

Des Weiteren soll die vorhandene Skateranlage planungsrechtlich gesichert werden, da sich diese derzeit in einer festgesetzten Grünfläche befindet.

Mit dem Aufstellungsbeschluss wurden folgende Planungsziele benannt:

- Festsetzung von Baugrenzen im Änderungsbereich,
- Festsetzung von 3 Vollgeschossen im Änderungsbereich,
- Festsetzung einer für die Errichtung des Containerbaus erforderlichen GRZ und GFZ,
- Baurechtliche Sicherung der vorhandenen Skateranlage
- Festsetzung einer Kompensation des nicht umgesetzten Anpflanzgebots im Änderungsbereich.

Während der Arbeit am Vorentwurf ist ein weiteres Planungsziel hinzugekommen. Im Bereich der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz soll innerhalb der dort festgesetzten überbaubaren Fläche planungsrechtlich auch Gastronomie zulässig sein. Daher soll dort ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Gastronomie festgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Einnahmen	
Keine haushaltsmäßige Berührung	
Mittel stehen zur Verfügung in Haushaltsstelle	51101.56250000
Deckungsvorschlag	
Mittel stehen nicht zur Verfügung	

Δ	nl	la	n	1د	n
~		a	uч	31	

Ī	1	250519 DBR B8 4 PLZ Vorentwurf (öffentlich)	
- 1	_	200010 DBR BO_+ 1 LZ VOICHWAIT (OHCHMOIT)	

2	250519 DBR B8 4. Änderung Begründung Vorentwurf (öffentlich)

SATZUNG DER STADT BAD DOBERAN

über die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 "Quartier Severinstraße" Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend

Teil A: Planzeichnung



Planzeichenerklärung

Art un

....

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176) sowie die Verordnung über die Aussarbeitund der Bauleitblishe und die Darstander und die Juli 2023 (BGBI, 2023 FNF, 176) Sowie die verorunung über die Ausanbeitung der Daumpiene und die Schollendert durch der Planinhalts (Planzeichenverordnung -PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBI, 1991 FS, 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI, I S. 1802

Planzeichen	Erklärung	(Rechtsgrundlage)
Art und Maß der baulichen Nutzung		(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 BauNVO)
	ionstige Sondergebiete	
	Frundflächenzahl	
VG A	ınzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	
OK C	berkante baulicher Anlagen in Meter	

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO) Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB Flächen für den Gemeinhedarf. Flächen für Snort- und Snielanlager

Flächen für den Gemeinbedarf

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaf

(\$ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB) Erhaltung: Bäume

Sonstige Planzeichen Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

Flächen für Sport- und Spielanlagen

Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr.8 (§ 9 Abs. 7 BauGB) (§ 9 Abs. 7 BauGB Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten oder Abgrenzung des Maßes der (§ 1 Abs. 4. § 16 Abs. 5 BauNVO) Nutzung innerhalb eines Baugebietes Pflanzgebot, künftig entfallend

Verfahrensvermerke

Bad Doberan

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertreterversammlung vom 15.04.2024. Der Aufstellungsbeschluss wurde ortsüblich durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln in der Zeit vom xxxxxxxx bis zum xxxxxxx sowie durch Veröffentlichung auf der Homenage der Stadt Bad Doberan bekannt gegeben
- Die Stadtvertreterversammlung hat am xxxxxxx den Entwurf der Satzung über die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 und den Entwurf der Begründung gebilligt und zur Veröffentlichung im Internet bestimmt.
- 3. Der Entwurf der Satzung über die 4. Änderung des Rebauungsplans Nr. 8 der Stadt Rad Doberan und der Entwurf de Öffnungszeiten im Rathaus der Stadt Bad Doberan öffentlich ausgelegen. Die Veröffentlichung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können, vom xxxxxxx bis zum xxxxxxx ortsüblich durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln sowie durch Veröffentlichung auf der Homepage der Stadt Bad Dobi

Jochen Arenz

- 4. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 mit Schreiben vom xxxxxxx zur Abgabe einer Stellungnahme zum Planentwurf und zur Begründung der Satzung über die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 der Stadt Bad Doberan aufgefordert worden.
- Die Stadtvertreterversammlung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am xxxxxxx geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

6. Die Satzung über die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 der Stadt Bad Doberan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am xxxxxxx von der Stadtvertreterversammlung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplar wurde mit Beschluss der Stadtvertreterversammlung vom xxxxxxx gebilligt.

Severinstraße, Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend, Teil der Flurstücke 193/2 und 495/1 Flur 1, Gemarkung Bad Doberan umfassend, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und

(Siegel) Jochen Arenz

7. Die Satzung über die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 der Stadt Bad Doberan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt

8. Der Reschluss der Satzung über die 4. Anderung des Rehauungsplans Nr. 8 der Stadt Rad Der teschluss der Satzung über die 4. Anderung des Bebauurgspäns Nr. 9 der Staft Bad Doberns sowie der Stelle, bie der der Pilm auf Dauer winnere der Benestunder von gedermann zu der Bereit der Stelle St

Die Satzung ist mit Δhlauf des γγγγγγ in Kraft getreten

Jochen Arenz

Teil B: Text

1:750

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art Und Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr.1, Abs. 3 und § 31 Abs. 1 BauGB Allgemeines Wöhngebiet Abs. 1 Abs. 6 Nr.1 BauNVO LV.m. § 1 Abs. 7 Nr.1 BauNVO LV. § 9 Abs. 1 Nr.1, Abs. 3 und § 31 Abs. 1 BauGB § 4 BauNVO i.V.m. § 1 Abs.6 Nr.1 BauNVO

Erläuterung der Nutzungsschahlone

Zweckbestimmung

GRZ

OK

Die im Mischgebiet allgemein zulässigen Gartenbaubetriebe, Tankstellen und allgemein und ausnahmsweise

Die im Mischgebtet allgemein zulässigen Garterhabsbefriebe, Tankstellen und allgemein und ausnahmsweise zulässigen Vergungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3N. Z den dinzt. Zulässen (3N. Z. M. S. C. Bauk.) Vol. V.m. § 1 Abs. 5, 8 Bauk.) § 6 Bauk.) Vol. V.m. § 1 Abs. 5, 8 Bauk.) § 6 Bauk.) Vol. V.m. § 1 Abs. 5, 8 Bauk.) § 6 Bauk.) Vol. M. § 5, 8 Bauk. Vol. Sinne des § 4a Abs. 3 N. Z Bauk. VO. Sind nicht zulässig und ausnahmsweise zulässigen Vergrügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 N. Z Bauk. VO. Sin die Bauk. VO. Sin die Bauk. VOI. Sin § 1 Abs. 2 Vol. VOI. Sin

Die in Urbanen Gebieten MU nach § 6a Abs. 2 Nr. 3 BauNVO allgemein zulässigen Einzelhandelsbetriebe sind nur ausnahmsweise zulässig.
Die in Urbanen Gebieten gemäß § 6a Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Tankstellen und

Vergnügungsstätten sind nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Vergingungsstätten sind incht beständteil des bebauungsparis.
Stellpildzund Gangen Wichingebieten sind Staliplätze und Carports nur innerhalb der überbauberen Grundstücksflächen und der als. Flächen für Stellpildzer Festgeseutzten Flächen zullässig. In den Allgemeinen Wohnelbeiten sind Garagen unzullässig, in Machgebieten und Urbanen Gebieten MU sind Garagen nur innerhalb der überhauberen Grundstücksflächen zullässig.

In den Allgemeinen Wohngebieten sind Nebenanlagen gemäß § 14 Abs.1 BauNVO nur bis zu einer Größe von 10 m³ umbauter Raum und einer GR von 6m zulässig.
Innerhalb der überbaubaren Grundstlicksflächen in der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz

ist die Errichtung einer Zuschauerfribine und eines Multifunktionsgebäudes mit einem Vollgeschoss für den Betrieb des Sportplatzes zullsstig. Die Höhe der baulichen Anlagen darf 15,50 m über NHN nicht überschreiten. Trauflichte im Sinne der Festsetzung in der Planzeichnung (Teil A) ist der Schnittpunkt des aufgehenden

lauerwerks mit der Dachhaut Die Traufe darf durch weiter aufgehende Giebel und Gebäudeteile und deren Traufe bis zur festgesetzten Firsthöhe eilweise durchbrochen werden

tellweise durchtorchen werden.

19 Für das Baupekie Urbane Gebiete (MU), für die Fläche für Sport- und Spielanlagen und die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweichbestimmung Schule/Container sowie für das Sonstige Sondergebiet mit der Zweichbestimmung Gastronnier wird eine Überschreitung der GRZ-gemäß § 19 Abs. 4 BanAVO ausgeschöben.

1.10 Im Urbanen Gebiet (MU) ist das dritte Vollgeschoss als Stänfeigeschoss auszuhliden. Die Geschossische des ummittent darunter legendern Geschosses befragen.

Die Außenwände des Staffelgeschosses müssen mit Ausnahme der Erschließungsbereiche mind. 0.50 m gegenüber den Außenwänden des darunterliegenden Geschosses zurückspringen

Flachen für Sport- und Spielanlagen Auf der Fläche für Sport- und Spielanlagen mit der Zweckbestimmung *Skateanlage* ist die Errichtung einer

Skiteranlage zulässig.

1.12 Sonstiges Sondergebiet Gastronomie sind bauliche Anlagen für gastronomische Nutzungen und für die Vereinsnutzung zulässig.

§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB i.V.m. § 22 Abs.4 BauNVO Auf den mit abweichender Bauweise 1 festgesetzten Grundstücksflächen muss an die seitlichen
Grundstücksgrenzen entweder direkt oder unter Einhaltung der gesetzlich geregelten Abstandsflächen herangebaut

Auf den mit abweichender Bauweise 2 festgesetzten Grundstücksflächen darf an die seitlichen Grundstücksgrenzen

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs.1 Nr. 20 BauGB

Befestigte Flächen

Für die befestigten Flächen von Zufahrten und Stellpfätzen etc. sind versickerungsfähige Materialen (z.B. Pfläster
mit Rasenfüge, Rasengitersteine, Sickerpfläster o.B.) zu verwenden. Die auf dem Gelände anfallenden
Nederschläge einst der diesemz uversichern.
Befestigte Flächen, die eine Mindestspeicherkapzätät von 201/m2 bzw. einen offenen Fugenanteil von mind. 30%
aufweisen, Deiben bei der Ermittung der Grundfäche unberücksichtigt.

Bauliche und sonstige technische Vorkehrungen zum Schutz vor oder zur Vermeidung oder Minderung schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

schädlichen Urmeetlenwirkungen im Sinne des Bunden-Irmisoisconkutzgesetzes 5 9 Abs. 1 Nr. 2 48 H. And nr. zu nafschädenden Straßen ausgerichteten Gebaudeseinen missen Bolgedes Schalbuchturmsstahtmen Anden zu nafschädenden Straßen ausgerichteten Gebaudeseinen missen Bolgedes Schalbuchturmsstahtmen der Schalbungen und der Gebäude vorgenommen werden.

5 Bentowentraße Allgemeine Wohngebiete Lurmschutzklasse V

6 Genthestraße Allgemeine Wohngebiete Lurmschutzklasse III

6 Genthestraße Allgemeine Wohngebiete Lurmschutzklasse III

6 Genthestraße Michagebet Lurmschutzklasse III

7 Genthestraße Michagebet Lurmschutzklasse III

7 Genthestraße Michagebet Lurmschutzklasse III

7 Genthestraße Allgemeine Wohngebiete Lurmschutzklasse III

7 Genthestraße Allgemeine Wohngebiete Lurmschutzklasse III

8 Genthestraße Allgemeine Wohngebiete Lurmschutzklasse III

9 Auf 1 Genthestraße A

4.2 Schule An den zu den Straßen ausgerichteten Gebäudeseiten müssen bauliche Schallschutzmaßnahmen der

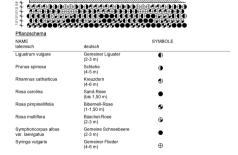
Larmschutzklasse i gemäß DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" an den Außenbaudelm der Gebäude vorgenommen werden. DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" an den Außenbaudellen der Gebäude vorgenommen werden. In den Unterrichtsgebäuden der Schule sind zur Planstraße (Verbindungsstraße) Schallschutzfenster mit challgedämmten Lüftungsmöglichkeiten einzubauen.

Auf der Fläche mit dem besonderen Nutzungszweck - Parkpalette sind auf der Westseite der Hauptanlage im Bereich der Öffnungen aktive Schallschutzmaßnahmen mit einer Höhe von 2 m anzuordnen

Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs.1 Nr.25a BauGB Private Grundstücksflächer Innerhalb der Allgemeinen Abhrende ist je 150 m2 Grundstücksfläche mindestens 1 Baum aus Punkt 3.6.1 zu pflanzen. Innerhalb der Mischgebiete ist je 300 m2 Grundstücksfläche mindestens 1 Baum aus Punkt 3.6.1 zu wählen. Vorhandene Bäume können auf die Anzahl der zu oflanzenden Bäume angerechnet werden.

Flächen mit Annflanzgehot Flückler in Anghanzgerun.

10 ein Fläche zum Anghanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Nr. 1 festgesetzten Fläche ist mit Sträuchern aus Punkt 5.4 zu bepflanzen. Auf der als Fläche zum Anghanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Berglänzungen Nr. 2 festgesetzten Fläche sind entsprechen dem Pflanzscherma Sträucher aus Punkt



Entlang der Erschließungsstraße sind Bäume aus Punkt 5.4.1 zu pflanzen. Auf Parkplätzen ist für je 4 Stellplätze mindestens ein Baum aus Punkt 5.4.1 zu pflanzen. Parkplatzanlagen sind durch Heckenpflanzungen, für die Emilang der Erschiebungsskrabe sind baume aus Punkt 5.4. zu pilanzen. Auf Parkpiatzen ist für je 4 Stellipiatze mindestens ein Baum aus Punkt 5.4.1 zu pflanzen. Parkpiatzanlagen sind durch Heckenpflanzungen, für die Sträucher aus Punkt 5.4.2 zu verwenden sind, einzufassen.

5.4 Artenauswahllisten 5.4.1 Neu zu pflanzende Bäume 5.4.1.1 Bäume 1. Ordnung

Bäume 1. Ordnung Verbindliche Pflanzgröße:16-18 cm STU mit Ballen Bäume 2. Ordnung Pflanzlochgröße: Acer platanoides 20x20x15m Sorbus aria Mohlhoore Bergahorn Sandbirke Winterlinde Acer pseudoplatanus

Obstbäume (Hochstamm) Verbindliche Pflanzgröße:12-14 cm STU mit Ballen Pflanzlochgröße: 1.0 x 1.0 x 1.0 m Malus domesticus Kultur-Anfel Prunus avium Prunus domestica

5.4.2 Neu zu pflanzende Sträucher

Verbindliche Pflanzgröße:Höhe 100-150 cm ohne Ballen

Cornus mas Loniceria caprifolium Echtes Geißblatt Comus sanguinea Roter Hartriegel Loniceria vylosteum Gemeine Heckenkirsche Corrus sangunea Corylus avellana Crataegus monogyna Euonymus europoea Genista sagittalis Genista tinctoria Prunus spinosa Rhamnus catharticus Rosa arvensis Rosa canina MaiRdorn* Hundsrose* Sand-Rose Flügelginster Färber-Ginster Rosa pimpinellifolia Ligustrum vulgare Liguster Rosa multiflora Büschel-Rose Schwarzer Holunder Sambucus nigra Sambucus racemose Trauben-Holunde Synhoricarnos albus Schneeheere Syringa vulgaris Gemeiner Flieder

5.5 Die mit der 3. Änderung des Bebauungsplans verbundenen Eingriffe können im Plangebiet nicht ausgeglicher werden. Es erfolgt die Abbuchung in Höhe von 729 m² Flächenäquivalent vom Ökokonto LRO-055 "Umwandlung von Acker in Dauergrünland mit Feldgehölzen als einschürige Mähwiese mit Beweidung" in Hinter Bollhagen (Eigentümer

Her A Hagedorn).
55 Für die auf Gemeinbedarfalläche mit der Zwecksettmrung Schule/Container gefällten Bäume sind 5 neue Bäume zu pflanzen. Art und Qualität eind der Festsetzung Nr. 5.4.1.1 zu entnehmen. Pflanzstandorie:

5.7 Die mit der 4. Änderung des Bebauungsplans verbundenen Eingriffe können im Plangebiet nicht ausgeglichen werden. Es erfolgt die Abbuchung in Höhe von 726 m² Flächenäquivalent vom Ökokonto

Abbuchung von 726 m² KFÄ zu schließen und der Unteren Naturschutzbehörde eine Bestätigung der Reservierung

Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
 § 9 Abs.1 Nr. 25b BauGB
 Samtliche Pflanzungen sind vom jeweiligen Grundstückseigentümer im Wuchs zu fördern, zu pflegen und vor Zerstörung zu schützen. Ausgefallene Genbles eind artengleich zu ersetzen.

II. FESTSETZUNGEN NACH LANDESBAUORDNUNG M-V

8.9 Ahs 4 RauGR i V m. 8.86 Ahs 1 Nr. 1 und 5 I RauG M.V 7.1. Im Baunehiet MI 1a sind Dächer der Gehäude an der Süd- und Westfassade nur als Mansarddach auszuhil

7.1 im baugeoret M 1 a son Dächer der Gebäude an der Süd- und Westfassade nur als Mansarddach auszubliden.
7.2 Sändpälzer üb bewegliche Ahall- und Wertstoffhalter sind so zu gestalten, dass sie von öffentlichen Flächen aus nicht einsehbar sind.
3. im Baugeöte Urbane Gebiete MU dürfen Dachterrassen nicht überdacht werden.

III. HINWEISE

erschutzzone III R Das gesamte Plangebiet liegt im Schutzgebiet für Grund- und Quellwassergewinnung, Schutzzone III B.

Örtliche Satzungen Das Plangebiet liegt teilweise im Geltungsbereich der rechtskräftigen Sanierungssatzung der Stadt Bad Doberan von 07:01.94.

Das gesamte Plangebiet liegt im Geltungsbereich der rechtskräftigen Gestaltungssatzung der Stadt Bad Doberan von Das gesamte Plangebiet liegt im Geltungsbereich der rechtskräftigen Erhaltungssatzung der Stadt Bad Doberan von 02.09.1993.

In den als Bodendenkmale gekennzeichneten Bereichen muss baubegleitend zu den Erdarbeiten während des Mutterbodenabtrags die fachgerechte Bergung und Dokumentation der betroffenen Bodendenkmale durch qualifiziertes Personal sichergestellt werden. In Absprache mit der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Bad Doberan übernahmen die dortigen Mitarbeiter diese Arbeit. Dazu ist es erforderlich, den Beginn der Erdarbeiten der Unteren Denkmalschutzbehörde rechtzeitig, möglichst 4 Wochen, mindestens aber 2 Wochen vor Realisierung schriftlich und verbindlich anzuzeigen. Nur so kann gewährleistet werden, dass eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG MV-d unverzüglich geborgen und dokumentiert werden, um Verzögerungen der Baumaßnahme zu

Beim Abriss von Gebäuden sowie bei der Sanierung von Gebäuden ist im Vorfeld der gesetzliche Artenschutz gemäß At Abs. 18 Not ediable 2 with earlier to the control of the contro

Lage- und Höhenplan vom 28.07.2023, GOLNIK & PARTNER; Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure mbB Lagebezug: ETRS 89/UTM Höhenbezug: DHHN 2016 (NHN)

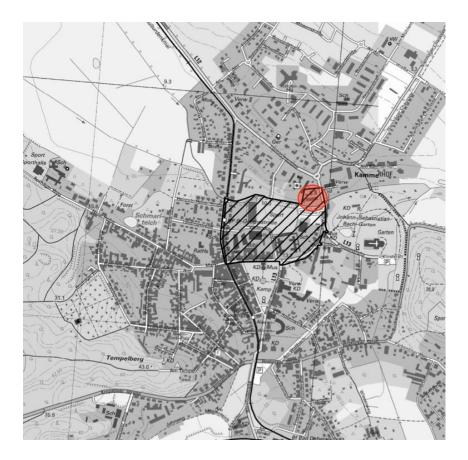
Satzung der Stadt Bad Doberan Landkreis Rostock

über die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8

"Quartier Severinstraße" Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend

ENTWURF Bearbeitungsstand: Mai 2025 Übersichtsplan, ohne Maßstat Quelle: GeoBasis-DE-M-V 2025 DTK 25 2025 BAD DOBERAN THÜNENHOF

Dipl.-Ing. Katrin B. Kühn Architektin für Stadtplanung, AKMV S 39-14-1-0 bsd • Warnowufer 59 • 18057 Rostock • Tel. (0381) 377 06 44 • kk.@bsd-ro



STADT BAD DOBERAN

Landkreis Rostock / Land Mecklenburg-Vorpommern

4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 Quartier Severinstraße

die Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

BEGRÜNDUNG

Vorentwurf Abseitsstand Mai 2025

Inhaltsverzeichnis:

Plan	ungsanlass	3
1.1.		
1.2.		
1.3.	Geltungsbereich der 4. Änderung	
Plan	ungsgrundlagen	5
2.1.	Planungsrechtliche Grundlagen und Vorgaben übergeordneter Pla	nungen
2.2.	Verfahrensablauf	
Ang	aben zum Bestand	7
3.1.	Städtebauliche Ausgangssituation, Nutzung und Bebauung	7
Inha	Ite und Auswirkungen der Planänderung	8
4.1.	Art der baulichen Nutzung	8
4.2.		
4.3.	Überbaubare Grundstücksfläche	11
4.4.	Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen	11
4.5.	Technische Infrastruktur	
Bela	inge des Umweltschutzes	12
5.6.2.		
Fläc	henzusammenstellung	15
	1.1. 1.2. 1.3. Plan 2.1. 2.2. Ang 3.1. Inha 4.1. 4.2. 4.3. 4.4. 4.5. Bela 5.6.1. 5.6.2. 5.6.3.	1.2. Ziel und Zweck der 4. Änderung 1.3. Geltungsbereich der 4. Änderung Planungsgrundlagen 2.1. Planungsrechtliche Grundlagen und Vorgaben übergeordneter Pla für die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 2.2. Verfahrensablauf Angaben zum Bestand 3.1. Städtebauliche Ausgangssituation, Nutzung und Bebauung Inhalte und Auswirkungen der Planänderung 4.1. Art der baulichen Nutzung 4.2. Maß der baulichen Nutzung 4.3. Überbaubare Grundstücksfläche 4.4. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen

Anlage:

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan mit Geltungsbereich der 4. Änderung

Verfasser:

Begründung	DiplIng. Katrin B. Kühn:	Büro für Stadt- und Dorfplanung Rostock	
		18057 Rostock, Warnowufer 59	
		0381. 37706 44 mobil: 0179. 44 80 457	
		kk@bsd-rostock.de	

1. Planungsanlass

1.1. Angaben zum Ursprungsplan und den bisherigen Änderungen

Der Bebauungsplan Nr. 8 ist in seiner ursprünglichen Form seit Juni 1999 in Kraft. Er umfasst ein großes innerstädtisches Quartier, begrenzt durch die Severinstraße im Süden, durch die Goethestraße im Westen, durch das Bollhagener Fließ im Norden und die Beethovenstraße im Osten und Südosten. Im Nordosten sind zwei Flurstücke nördlich vom Bollhagener Fließ ebenfalls Bestandteil des Plangeltungsbereichs. Die Planung zielte auf eine sinnvolle, die bestehende Situation stärkende Ergänzungsbebauung und Nutzungsverdichtung unter Berücksichtigung der vorhandenen Situation und des Denkmalschutzes. Die weitgehende Umsetzung erfolgte in den nachfolgenden Jahren.

Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 beinhaltete die Ergänzung der zulässigen Nutzungen in Baugebiet MI 2. Bislang ausgeschlossene Nutzungen wie z.B. Einrichtungen für gesundheitliche Zwecke wurden als zulässig festgesetzt. Der Versorgungs- und Dienstleistungsbereich konnte durch die Zulässigkeit ergänzender Nutzungen gestärkt werden. Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 wurde am 27.07.2015 als Satzung beschlossen und ist seit 13.08.2015 in Kraft.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 wurde erforderlich, um für eine durch einen Brand entstandene Baulücke im denkmalgeschützten Bereich der Severinstraße einen Kompromiss zwischen Investoreninteresse auf der einen Seite und den städtebaulichen und denkmalgerechten Belangen auf der anderen Seite zu finden. Ein weiteres Planänderungsziel war, durch Änderung bzw. Festsetzung von Baugrenzen auf der Gemeinbedarfsfläche (Sporthalle) und auf der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau der Sporthalle und weiterer baulicher Anlagen (Multifunktionsgebäude und Zuschauertribüne) zu schaffen. Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 ist am 03.11.2017 in Kraft getreten. In Anwendung der Überleitungsvorschriften des § 245c BauGB *Überleitungsvorschrift aus Anlass des Gesetze*s zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt wurde das Verfahren auf Grundlage des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.September 2004 (BGBI. I S. 12414), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), durchgeführt. Der Beschluss über die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 wurde auf Grundlage des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634) gefasst.

Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 der Stadt Bad Doberan - Quartier Severinstraßebetraf den nordöstlichen Bereich des Plangeltungsbereichs zwischen Beethovenstraße und Bollhagener Fließ. Im Zusammenhang mit der Erneuerung der Brücke über das Bollhagener Fließ in der Beethovenstraße war es erforderlich, Leitungssysteme auf privaten Flächen zu verlegen. Dafür musste eine Baugrenze verlegt werden. In dem Zusammenhang wurde anstelle eines Mischgebiets ein urbanes Gebiet festgesetzt und das Maß der baulichen Nutzung geändert. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 ist seit dem 15.03.2020 rechtskräftig.

1.2. Ziel und Zweck der 4. Änderung

Im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 *Quartier Severinstraße* befindet sich die Lessing-Grundschule der Stadt Bad Doberan. In der Schule müssen aus Kapazitätsgründen mehrere Klassen in Fachräumen (Kunst, Geografie, Biologie, Musik) unterrichtet werden, obwohl es sich nicht um fachspezifische Lehrangebote handelt. Teilungsunterricht sowie Projektarbeit ist kaum möglich, da keine Ausweichräume zur Verfügung stehen. In der Schulentwicklungsplanung des Landkreises Rostock wird von beständig 4-5 Eingangsklassen in den nächsten Schuljahren ausgegangen, sodass weitere Räume dringend benötigt werden. Daher beabsichtigt Bad Doberan, die Grundschule durch

einen Containerbau zu erweitern. Die Schaffung von 6 weiteren Klassenräumen führt zu einer spürbaren Entlastung und könnte die angespannte Raumsituation merklich lindern.

Der Standort des geplanten Containerbaus befindet sich innerhalb der im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 festgesetzten Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung *Schule*, teilweise innerhalb der Gemeinbedarfsfläche Sport.

Das geplante Vorhaben verstößt gegen eine Reihe von Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans:

- 1. Überschreitung die festgesetzten Baugrenze;
- 2. Überschreitung von GRZ und GFZ bereits im Bestand;
- 3. Überschreitung der maximalen Zahl der Vollgeschosse;
- 4. Standort innerhalb einer Fläche mit Pflanzgebot.
- 5. Überschreitung der ausgewiesenen Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen.

Der Bauantrag wurde mit Anträgen auf Abweichungen und Befreiungen von den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans gestellt. Die Baugenehmigung und die Genehmigung der beantragten Abweichungen und Befreiungen wurden unter der Bedingung, dass die Festsetzungen des Bebauungsplans für den betreffenden Teilbereich rechtskräftig geändert werden, am 22.05.2024 erteilt,

Das Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 der Stadt Bad Doberan wurde durch die Stadtvertreterversammlung am 15.04.2024 mit dem Aufstellungsbeschluss eingeleitet. Im Aufstellungsbeschluss wurden folgende Planänderungsziele genannt:

- Festsetzung von Baugrenzen im Änderungsbereich,
- Festsetzung von 3 Vollgeschossen im Änderungsbereich,
- Festsetzung einer für die Errichtung des Containerbaus erforderlichen GRZ und GFZ,
- Baurechtliche Sicherung der vorhandenen Skateranlage,
- Festsetzung einer Kompensation des nicht umgesetzten Anpflanzgebots im Änderungsbereich

Während der Arbeit am Vorentwurf ist ein weiteres Planänderungsziel hinzugekommen. Im Bereich der Grünfläche mit der Zweckbestimmung *Sportplatz* soll innerhalb der dort festgesetzten überbaubaren Fläche planungsrechtlich auch Gastronomie zulässig sein. Es ist ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Gastronomie nördlich an die Gemeinbedarfsfläche angrenzend, festzusetzen.

1.3. Geltungsbereich der 4. Änderung

Die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 betrifft eine Fläche mit einer Größe von ca. 0,3 ha östlich angrenzend an die Verbindungsstraße. Es werden Teilflächen der Flurstücke 193/2 und 495/1, Flur 1, Gemarkung Bad Doberan überplant. Im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 sind hier Gemeinbedarfsflächen mit den Zweckbestimmung Schule bzw. sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen sowie öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz festgesetzt. Auf der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz ist im Bereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 ein Baufenster für die Errichtung eines Vereinsheims festgesetzt.



Abbildung 1 Luftbild mit gekennzeichnetem Planänderungsbereich (ohne Maßstab), Quelle Luftbild: GeoBasis-DE/ M-V 2025

2. Planungsgrundlagen

2.1. Planungsrechtliche Grundlagen und Vorgaben übergeordneter Planungen für die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8

- Baugesetzbuch (BauGB)
 - in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 394)

Verordnungen zum BauGB:

- Baunutzungsverordnung (BauNVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176)
- Planzeichenverordnung (PlanZV)), zuletzt geändert durch Art. 4 G v. 14.06.2021 (BGBI. I 1802)
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. März 2025 (GVOBI. M-V S. 130)
- **Flächennutzungsplan** der Stadt Bad Doberan (4. Änderung, wirksam seit 05.08.2021)

Die z.Zt. gültigen Fassungen von Baugesetzbuch (BauGB), Baunutzungsverordnung (BauNVO) und Landesbauordnung (LBauO M-V) sind Grundlage für das Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8. Die bei Satzungsbeschluss der 4. Änderung gültigen Fassungen von BauGB, BauNVO und LBauO M-V werden für den Änderungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 verbindlich sein. Für die Ursprungsfassung und für die Änderungsbereiche der vorherigen Änderungen des Bebauungsplans Nr. 8 sind die zum

STADT BAD DOBERAN

Begründung

4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 *Quartier Severinstraße* Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend

Vorentwurf

Zeitpunkt der jeweiligen Satzungsbeschlüsse gültigen Fassungen von BauGB, BauNVO und LBauO M-V bindend.

Laut § 13a BauGB können Bebauungspläne der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden, wenn es sich um eine Maßnahme innerhalb der Siedlungsstruktur handelt, die im Bebauungsplan festgesetzte zulässige Grundfläche von 20.000 m² nicht übersteigt und die beabsichtigte Zulässigkeit von Vorhaben keiner Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegt.

Bei der 4. Änderung des Bebauungsplans handelt es sich um eine Maßnahme innerhalb der Siedlungsstruktur, die zulässige Grundfläche wird erheblich unter 20.000 m² liegen und die Errichtung von Schulbauten oder die Errichtung von gastronomischen Einrichtungen unterliegt keiner Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht. Alle Voraussetzungen nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) sind gegeben und die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 kann im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Damit kann gemäß § 13 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB und vom Umweltbericht gemäß § 2a BauGB abgesehen werden. Die Belange von Natur, Landschaft und Umwelt sind trotzdem sachgerecht darzustellen und zu prüfen.

Flächennutzungsplan

Im derzeit wirksamen Flächennutzungsplan ist im Plangeltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Gemeinbedarfsfläche mit den Zweckbestimmungen Schule und sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen dargestellt. Die geplante Festsetzung Sonstiges Sondergebiet stellt auf Grund der geringen Größe (ca. 0,05 ha) keinen Verstoß gegen das Entwicklungsgebot nach § 8 (2) BauGB dar.

<u>Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) und Regionales Raumentwicklungsprogramm (RREP)</u>

Laut Landesraumentwicklungsprogramm ist Bad Doberan als zentraler Ort ein Mittelzentrum und bildet auf Grund seiner Lage in direkter Nachbarschaft zum Oberzentrum Rostock einen gemeinsamen Verflechtungsbereich.

Allen zentralen Orten obliegt die Aufgabe der Grundversorgung, dazu zählen u.a. Grundschulen mit ausreichender Kapazität.

Das Regionale Raumentwicklungsprogramm für die Planungsregion Mittleres Mecklenburg, in der die Stadt Bad Doberan liegt, formuliert als Ziel der Raumordnung (6.2.1 (5), dass Standorte der allgemeinbildenden Schulen bedarfsorientiert vorzuhalten sind, wobei die zentralen Orte die Vorrangstandorte sind.

2.2. Verfahrensablauf

Nr.	Aktivitäten:	Zeitraum:
1	Beschluss der Stadtvertreterversammlung zur Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplans	15.04.2024
3	Erarbeitung des Vorentwurfs	
4	Vorstellung des Vorentwurfs im Bauausschuss	
5	frühzeitige Beteiligung der Behörden und TöB	
6	Abwägung der Stellungnahmen und Erarbeitung des Entwurfes	
7	Vorlage für den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur Behandlung in der Gemeindevertretersitzung	

STADT BAD DOBERAN	Begründung
4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 <i>Quartier Severinstraße</i> Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend	Vorentwurf

8	Behandlung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses in der Stadtvertreterversammlung	
9	Bekanntmachung der Auslegung	
10	Öffentliche Auslegung	
11	nochmalige Beteiligung der Behörden und TöB	
12	Erarbeitung der Vorlage für den Abwägungs- und Satzungsbeschluss	
13	Behandlung in Bau- und Hauptausschuss	
14	Behandlung des Abwägungs- und Satzungsbeschlusses in der Stadtvertreterversammlung	
15	Anfertigung der Satzungen	
16	Inkraftsetzung durch Bekanntmachung	
17	Versand der Satzungen mit Bekanntmachungsnachweis	

3. Angaben zum Bestand

3.1. Städtebauliche Ausgangssituation, Nutzung und Bebauung

Im Änderungsbereich ist eine öffentliche Skateanlage vorhanden, im nördlichen Bereich gibt es bauliche Anlagen, die zum Vereinsheim des Doberaner Fußball Club e.V. gehören. Der Änderungsbereich ist stark versiegelt.

Im rechtskräftigen Bebauungsplan sind im Änderungsbereich Gemeinbedarfsflächen mit Zweckbestimmung Schule bzw. sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen sowie eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz festgesetzt. Auf der Gemeinbedarfsfläche sind Leitungsrechte und ein Pflanzgebot festgesetzt. Das Letztere wurde nicht umgesetzt.

Auf der öffentlichen Grünfläche ist im rechtskräftigen Bebauungsplan ein Baufenster für bauliche Anlagen, die der Sportplatznutzung dienen, festgesetzt. In der textlichen Festsetzung Nr. 1.7 des rechtskräftigen Bebauungsplans wird konkretisiert, dass innerhalb der überbaubaren Fläche in der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung *Sportplatz* die Errichtung einer Zuschauertribüne und eines Multifunktionsgebäudes mit einem Vollgeschoss für den Betrieb des Sportplatzes zulässig ist. Hier wurde das Vereinsheim des Doberaner Fußballclubs errichtet.

4. Inhalte und Auswirkungen der Planänderung

4.1. Art der baulichen Nutzung

Gemeinbedarfsflächen

Mit der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 ist beabsichtigt, an der Art der baulichen Nutzuna ändern. Innerhalb des Planänderungsbereichs wird wenia zu Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule in eine Fläche für Sport- und Spielanlagen mit der Zweckbestimmung Skateanlage und die verbleibende Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule aufgeteilt. Die Grenze zwischen den Gemeinbedarfsflächen Schule (Bereich der Grundschule) und sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (Bereich der Sporthalle) wird an die nordöstliche Plangebietsgrenze des Änderungsbereiches verschoben.

Mit der Festsetzung 1.11 wird konkretisiert, dass auf der Fläche für Sport- und Spielanlagen die Errichtung einer Skateanlage zulässig ist.

Sonstiges Sondergebiet

Ein ca. 500 m² großer Bereich der im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Grünfläche wird überplant und als Sonstiges Sondergebiet (§11 BauNVO) mit der Zweckbestimmung *Gastronomie* festgesetzt. Der überplante Bereich ist im rechtskräftigen Bebauungsplan mit einem Baufenster versehen und für die Errichtung baulicher Anlagen im Zusammenhang mit der Sportplatznutzung vorgesehen. Die Stadt möchte an diesem Standort planungsrechtlich Gastronomie ermöglichen, um den Ausschank von Getränken und die Verabreichung von Speisen planungsrechtlich zu ermöglichen.

Auch Vereinsgaststätten fallen unter den Begriff des Gaststättengewerbes und sind genehmigungspflichtig. Unter den Begriff des Gaststättengewerbes im Sinne des Gaststättengesetzes fallen alle Einrichtungen, wo

- 1. Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht werden (Schankwirtschaft) und/oder
- 2. zubereitete Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht werden (Speisewirtschaft) und
- 3. jedem oder aber bestimmten Personenkreisen Zutritt gewährt wird.

Auf der Grundlage von § 11 BauNVO werden ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung *Gastronomie* festgesetzt und damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung eines Gaststättengewerbes geschaffen. Eine Abweichung von der Darstellung im Flächennutzungsplan ist auf Grund der sehr kleinen Fläche vertretbar. Mit dem im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Baufenster war die Errichtung baulicher Anlagen im Zusammenhang mit der Sportplatznutzung bereits zulässig. In der textlichen Festsetzung 1.12 wird die im Sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung *Gastronomie* zulässige Art der Nutzungen konkretisiert. Zulässig sind demnach bauliche Anlagen der Gastronomie und der Vereinsnutzung.

4.2. Maß der baulichen Nutzung

In Anwendung des § 9 (1) Nr.1 BauGB ist im Bebauungsplan das Maß der baulichen Nutzung festzusetzen, um so die beabsichtigte Nutzungsdichte zu regeln. Entsprechend § 16 (3) BauNVO sind Grundflächenzahl (GRZ) oder Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen sowie die Zahl der Vollgeschosse oder die Höhe der baulichen Anlagen für jedes Baugebiet festzusetzen. Orientierungswerte für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung sind § 17 BauNVO zu entnehmen.

Mit der Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung lassen sich die Auswirkungen der Planung, wie z.B. Flächenversiegelung und Oberflächenwasserversickerung quantitativ beurteilen.

Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl wird in § 19 BauNVO definiert. Sie bestimmt, wieviel Quadratmeter Grundfläche von baulichen Anlagen je Quadratmeter Grundstücksfläche i.S.d. § 19 Abs. 3 BauNVO zulässig sind.

Im Gegensatz zu den in §§ 2-11 BauNVO definierten Baugebieten enthält die Baunutzungsverordnung bezüglich Maß der baulichen Nutzung für Gemeinbedarfsflächen keine Orientierungswerte. Im rechtskräftigen Bebauungsplan ist eine Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt.

§ 19 Abs. 3 BauNVO bestimmt, dass für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche die Fläche des Baugrundstückes maßgebend ist, die zum einen im Bauland und zum anderen hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenbegrenzungslinie liegt.

Mit der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 werden für die innerhalb des Änderungsbereichs liegende Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule von der übrigen Gemeinbedarfsfläche abweichende Festsetzungen getroffen. Unter Anwendung des Planzeichens Nr. 15.14 wird die Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung bzw. des Maßes der baulichen Nutzung festgesetzt. Für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist nur die innerhalb des Plangeltungsbereichs der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 liegende Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule maßgeblich.

Im Bestand sind bereits versiegelte Flächen vorhanden.



Abbildung 2: Versiegelung im Bestand

Der nachfolgenden Tabelle sind Flächen und Versiegelungsgrad im Bestand als auch bei Umsetzung der Planung zu entnehmen:

lfd. Nr.	Versiegelte	Gemeinbedarfsfläche	Fläche für Sport- und	Sonstiges
	Flächen im	Schule	Spielanlagen	Sondergebiet
	Bestand		Skateanlage	Gastronomie
1	Zuwegung		80,3 m ²	
2.1	Weg		16,0 m ²	
2.2	vveg	36,8 m ²		
3	Fahrradständer	50,8 m ²		
4.1	Treppe zu		4,3 m ²	
4.2	Schulhof	6,5 m ²		
5	Skateanlage		768,3 m ²	

lfd. Nr.	Versiegelte Flächen im Bestand	Gemeinbedarfsfläche Schule	Fläche für Sport- und Spielanlagen Skateanlage	Sonstiges Sondergebiet <i>Gastronomie</i>
6	Garage		35,6 m ²	
7	Weg zur Sporthalle	97,5 m ²		
8	Vereinsheim und Überdachungen			ca. 236 m²
9	Zufahrt			57 m ²
	ne der versiegelten lächen im Bestand	191,6 m ²	904,5 m²	293 m ²
	ndstücksflächen den veiligen Baugebieten	791,2 m ²	1.578,2 m ²	495,2 m ²
Grad der Versiegelung im Bestand		24 %	57 %	59 %
zusätzliche Versieglung bei Umsetzung der Planung		283,0 m ²	keine	keine
	ne der versiegelten nen bei Umsetzung der Planung	474,6 m²	904,5 m ²	
	der Versiegelung bei setzung der Planung	60 %	60 %	60 %

Tabelle 1 Versiegelung im Bestand und bei Umsetzung der Planung.

Für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule/Container und die Fläche für Sport- und Spielanlagen (Skateanlage) wird die im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 beibehalten. Um den Versiegelungsgrad zu begrenzen, wird eine bis zu 50%ige Überschreitung der Grundflächenzahl (§ 19 Abs. 4 BauNVO) ausgeschlossen.

Auf der im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 festgesetzten öffentlichen Grünfläche wurden auf der durch die Baugrenze definierten überbaubaren Grundstücksfläche das Vereinsheim mit Zuschauertribüne sowie diverse Überdachungen errichtet, die Zufahrt ist geschottert. Innerhalb des festzusetzenden Sonstigen Sondergebiets mit der Zweckbestimmung Gastronomie sind daher bereits ca. 293 m² versiegelt. Das entspricht einem Versiegelungsgrad von 59%. Eine Erweiterung ist nicht das Planungsziel, deshalb wird eine Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt. Eine Überschreitung der Grundflächenzahl gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO wird ausgeschlossen. Der Orientierungswert gemäß § 17 BauNVO für Sonstige Sondergebiete wird unterschritten.

Bezüglich der Unzulässigkeit von Überschreitungen der Grundflächenzahl wird die textliche Festsetzung Nr. 1.9 entsprechend ergänzt:

1.9 Für das Baugebiet Urbane Gebiete (MU), für die Fläche für Sport- und Spielanlagen, die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule/Container und das Sonstige Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Gastronomie wird eine Überschreitung der GRZ gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO ausgeschlossen

Geschossflächenzahl

Die Geschossflächenzahl wird in § 20 Abs. 2 BauNVO definiert. Sie gibt an, wieviel Quadratmeter Geschossfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche im Sinne von § 19 Abs. 3 BauNVO zulässig sind. Die Geschossfläche ist dabei nach den Außenmaßen in allen Vollgeschossen zu ermitteln (§ 20 Abs. 3 BauNVO). Im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 ist für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung *Schule* eine Geschossflächenzahl von 0,6 festgesetzt.

Für die Fläche für Sport- und Spielanlagen mit der Zweckbestimmung *Skateanlage* ist eine Geschossflächenzahl entbehrlich. Die Errichtung von Gebäuden ist hier nicht zulässig.

Im Änderungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 ist innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule/Container die Errichtung eines dreigeschossigen Containerbaus mit Klassenräumen geplant. Der geplante dreigeschossige Containerbau hat eine Bruttogeschossfläche von 634 m². Bezogen auf die Fläche der Gemeinbedarfsfläche Schule im Bereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 ergibt das eine Geschossflächenzahl von 0,75. Es wird eine Geschossflächenzahl von 0,8 festgesetzt, um ausreichend Spielraum für eventuelle Änderungen zu haben.

Vollgeschosse

Im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 sind für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule zwei Vollgeschosse als Höchstmaß festgesetzt. Im Änderungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 wird innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule/Container die maximale Zahl der Vollgeschosse auf drei erhöht. Damit wird eine höhere bauliche Ausnutzung der Grundfläche bei gleichbleibender Versiegelung erreicht.

4.3. Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubare Grundstücksfläche bezeichnet den Teil eines Grundstücks, auf dem bauliche Anlagen errichtet werden dürfen. Überbaubare Grundstücksflächen können durch die Festsetzung von Baulinien und Baugrenzen definiert werden. Ist eine Baulinie festgesetzt, muss auf dieser gebaut werden. Festgesetzte Baugrenzen dürfen nicht überschritten werden, aber es ist nicht zwingend erforderlich, bis an die Baugrenze heranzubauen.

Auf der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule wird die überbaubare Grundstücksfläche mit der Festsetzung von Baugrenzen definiert.

Auf der Fläche für Sport- und Spielanlagen mit der Zweckbestimmung *Skateanlage* wird keine Baugrenze festgesetzt. Gebäude sind hier nicht zulässig.

4.4. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen

Im rechtskräftigen Bebauungsplan sind auf Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB Festsetzungen zu baulichen oder sonstigen Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes getroffen worden. Die überbaubare Grundstücksfläche in der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule ist mit der Signatur 15.6 gekennzeichnet, ergänzend bestimmt die Festsetzung 4.2, es müssen an den zu den Straßen ausgerichteten Gebäudeseiten bauliche Schallschutzmaßnahmen der Lärmschutzklasse I gemäß DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" an den Außenbauteilen der Gebäude vorgenommen werden. In den Unterrichtsgebäuden der Schule sind zur Planstraße Schallschutzfenster mit schallgedämmten Lüftungsmöglichkeiten einzubauen.

Im Änderungsbereich der 4. Änderung wird die überbaubare Grundstücksfläche ebenfalls mit der Signatur 15.6 versehen. Die Festsetzung 4.2 gilt auch für den Änderungsbereich.

4.5. Technische Infrastruktur

Zur technischen Infrastruktur sind detaillierte Aussagen nicht erforderlich, da im Planänderungsbereich alle Medien vorhanden sind bzw. kein Bedarf besteht.

5. Belange des Umweltschutzes

Gemäß § 13a Abs.2 BauGB kann im Rahmen der Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 der Stadt Bad Doberan von einer Umweltprüfung abgesehen werden, da keine Vorhaben vorbereitet werden, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen. Durch die Planung sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten. Gleichwohl werden die relevanten Umweltbelange berücksichtigt und in der Begründung dargestellt.

Gemäß § 13a Abs.2 Nr. 4 BauGB gelten Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs.3 Satz 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.

Im Planänderungsbereich war auf einer 853 m² großen Fläche ein Pflanzgebot auf der Gemeinbedarfsfläche festgesetzt. Zu pflanzen waren laut textlicher Festsetzung Nr. 5.2 Sträucher, die Straucharten waren der Pflanzliste unter Punkt 5.4.2 der textlichen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans zu entnehmen. Die Pflanzliste enthielt sowohl heimische als auch nichtheimische Gehölzarten.

Das im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte, aber nicht umgesetzte Pflanzgebot macht für diesen Teil eine Eingriffs- /Ausgleichsbilanzierung erforderlich.

Im rechtskräftigen Bebauungsplan ist für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule eine Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt. Dieser Wert wird mit dem Bestand bereits überschritten. Für den Bereich des Planänderungsgebiets liegt die Versiegelung auf der Gemeinbedarfsfläche im Bestand bei 46%, bei Umsetzung der Planung kommt es zu einer zusätzlichen Versiegelung (siehe Tab.1). Auf Grund der Überschreitung der festgesetzten GRZ im Bestand wird die hinzukommende Versiegelung im Planänderungsbereich als Eingriff berücksichtigt.

5.1. Eingriffsermittlung

Nichtumsetzung des Pflanzgebots

Grundlage der Eingriffsermittlung sind die Hinweise zur Eingriffsregelung (HzE)¹. Demnach ist für jeden vom Eingriff betroffenen Biotoptyp aus der Anlage 3 der HzE die naturschutzfachliche Wertstufe zu entnehmen. Jeder Wertstufe ist, mit Ausnahme der Wertstufe 0, nach der folgenden Tabelle ein durchschnittlicher Biotopwert zugeordnet (HzE, Punkt 2.1):

Wertstufe (nach HzE Anlage 3)	Durchschnittlicher Biotopwert
0	1 - Versiegelungsgrad*
1	1,5
2	3
3	6
4	10

*Bei Biotoptypen mit Wertstufe "0" ist kein Durchschnittswert vorgegeben. Er ist in Dezimalstellen nach o.a. Formel zu berechnen (1 minus Versiegelungsgrad)

Bei Umsetzung des Pflanzgebots wäre eine Siedlungshecke aus nichtheimischen Gehölzarten entstanden. Das entspricht einer naturschutzfachlichen **Wertstufe von 0** (Anlage 3 der HzE, *Siedlungshecke aus nichtheimischen Gehölzarten, Nr. 13.2.4*).

Bei Umsetzung des Pflanzgebots wäre die Fläche nicht versiegelt worden, deshalb liegt der angenommene Biotopwert bei 1.

Als Korrekturfaktor werden die Lage der vom Eingriff betroffenen Biotope in wertvollen und ungestörten Räumen sowie Vorbelastungen durch Zu- und Abschläge berücksichtigt (*Lagefaktor*). Der Lagefaktor weist eine Spanne von 0,75 bis 1,50 auf. Zu den Störquellen zählen z.B. Siedlungsbereiche, Straßen, Gewerbe- und Industriestandorte u.ä.. Im

¹ Hinweise zur Eingriffsregelung Mecklenburg-Vorpommern (HzE), Neufassung 2018 herausgegeben vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

STADT BAD DOBERAN	Begründung
4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 <i>Quartier Severinstraße</i>	Vorentwurf

vorliegenden Fall handelt es sich um einen Standort inmitten eines Siedlungsbereichs. Der Abstand zu vorhandenen Störquellen beträgt weniger als 100 m, deshalb beträgt der **Lagefaktor 0,75** (HzE, Punkt 2.2).

Die Berechnung des Eingriffsflächenäquivalents (EFÄ) für die Beseitigung und die Veränderung von Biotopen (hier für das angenommene Biotop bei Umsetzung des Pflanzgebots errechnet sich gemäß HzE, Punkt 2.3 folgendermaßen:

Fläche des betroffenen Biotoptyps (m²)	х	Biotopwert des betroffenen Biotoptyps (HzE Punkt 2.1)	х	Lagefaktor (HzE Punkt 2.2)	II	Eingriffsflächenäquivalent für Biotopbeseitigung bzw. Biotopveränderung (m² EFÄ)
853	х	1	х	0,75	=	640

Das Eingriffsflächenäquivalent von 640 m² ergibt sich aus der Nichtumsetzung des im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Pflanzgebots.

Baumfällungen

Anstelle des Pflanzgebots wurden 11 Bäume gepflanzt, die sich teilweise auf der für den Containerneubau vorgesehenen Fläche befinden. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Planung sind auf der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung *Schule* insgesamt 8 Bäume, davon 5 Bäume, die als Ausgleich gepflanzt waren, zu fällen.

Die Stadt Bad Doberan verfügt über eine Gehölzschutzsatzung (2006) in der Einzelbäume ab einem Stammumfang von 0,50 m, gemessen in einer Höhe von 1,30 m über dem Erdboden, geschützt sind. Ein Schutzstatus besteht ebenfalls für mehrstämmige Bäume ab 0,80 m Gesamtumfang zweier Stämme in 1,30 m Höhe über dem Erdboden sowie für Großsträucher ab 3,00 m Höhe, freiwachsende Hecken ab 10,00 m Länge sowie alle Ersatz- bzw. Ausgleichspflanzungen.

Die zu fällenden Bäume werden in nachfolgender Tabelle aufgelistet:

	Baumart	Stammumfang in cm	Schutz Gehölzschutzsa Do	Ersatz erforderlich	
		III OIII	Stammumfang >50 cm	Ausgleichspflanzung	CHORGERION
1	Eberesche	25	nein	nein	nein
2	Linde	41	nein	ja	ja
3	Linde	38	nein	ja	ja
4	Linde	38	nein	ja	ja
5	Eberesche	25	nein	nein	nein
6	Kirsche	41	nein	nein	nein
7	Hainbuche	25	nein	ja	ja
8	Hainbuche	38	nein	ja	ja

Tabelle 2: Baumfällungen

Die Bäume wurden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Rostock bereits im vergangenen Winter gefällt. Auf Grund der Jahreszeit konnte ausgeschlossen werden, dass Bruträume beeinträchtigt werden. Fledermausquartiere waren ebenfalls nicht betroffen, weil die sehr jungen Bäume noch keine geeigneten Höhlen oder Spalten aufweisen.

Fünf der im Zusammenhang mit der Umsetzung der Planung zu fällenden Bäume sind auf Grund ihrer Pflanzung als Ausgleich für das nicht umgesetzte Pflanzgebot im

Plangeltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 8 von der Gehölzschutzsatzung der Stadt Bad Doberan erfasst.

Ein Ausgleich ist entsprechend der Anlage der Gehölzschutzsatzung der Stadt Bad Doberan erforderlich. Der Stammumfang aller Bäume beträgt weniger als 60 cm, der Ausgleich erfolgt laut Anlage der Gehölzschutzsatzung der Stadt Bad Doberan im Verhältnis 1:1. Für jeden der 5 Bäume ist ein neuer Baum zu pflanzen. In der Festsetzung Nr. 5.6 wird die Pflanzung von 5 neuen Bäumen entsprechend der Artenauswahlliste verbindlich geregelt. Die Pflanzstandorte sind noch festzulegen.

Die verbleibenden sechs als Ausgleich gepflanzten Bäume können mit einem Wert von 25 m² Kompensationsäquivalent (KFÄ) pro Baum angerechnet werden, so dass sich das auszugleichende Eingriffsflächenäquivalent (EFÄ) um 150 m² KFÄ auf 490 m² EFÄ reduziert.

Versiegelung

Bei Umsetzung der Planung werden zusätzliche Flächen versiegelt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die maximal zulässigen Versiegelungen.

	Gemeinbedarfsfläche Schule	Fläche für Sport- und Spielanlagen <i>Skateanlage</i>	Sonstiges Sondergebiet <i>Gastronomie</i>
Grundstücksflächen der Baugebiete	791 m²	1.578 m ²	495 m ²
Summe der versiegelten Flächen im Bestand	192 m ²	905 m ²	250 m ²
Versiegelungsgrad im Bestand	46	51%	
zulässige Versiegelung inkl. zulässiger Überschreitung	60%	60%	60% + 20%
max. zulässige Versiegelung bei Umsetzung der Planung	475 m²	947 m²	396 m ²
Differenz	283 m ²	42m ²	146 m ²
Summe der neuen Versiegelung	471 m ²		

Tabelle 3: Versiegelung im Bestand und in der Planung

Die zulässige hinzukommende Versiegelung wird mit einem Faktor von 0,5 (Vollversiegelung) berücksichtigt: $0,5 \times x471 \text{ m}^2 = 236 \text{ m}^2$

Aus den Eingriffen für Biotopbeseitigung und Versiegelung abzüglich der getätigten Baumpflanzungen, die bestand haben, ergibt sich ein Eingriffsflächenäguivalent von 726 m²:

Eingriffsflächenäquivalent		726 m² EFÄ
Versiegelung		236 m² EFÄ
Baumpflanzungen (6 Stück, Hainbuche)	6 x 25	- 150 m² EFÄ
Biotopbeseitigung bzw. Biotopveränderung		640 m² EFÄ

Tabelle 4: Ermittlung Eingriffsflächenäquivalent

STADT BAD DOBERAN	Begründung
4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 <i>Quartier Severinstraße</i> Gemeinbedarfsfläche Schule und Sport betreffend	Vorentwurf

5.2. Ausgleich

Das Eingriffsflächenäquivalent von 726 m² kann im Plangebiet nicht ausgeglichen werden. Auf Grundlage von § 9 Abs.1a BauGB kann der Ausgleich auch außerhalb des Plangebiets erfolgen. Es wird vorgeschlagen, den Ausgleich über den Erwerb von Ökopunkten zu realisieren. Da die Stadt Bad Doberan über keine eigenen Ökokonten verfügt, wird das Ökokonto 068 *Moorwald Ivendorf I* der Landesforst vorgeschlagen.

Zwischen dem Inhaber des Ökokontos und dem Eingriffsverursacher ist eine vertragliche Vereinbarung zur Abbuchung von 726 m² KFÄ zu schließen und vor Satzungsbeschluss der Unteren Naturschutzbehörde eine Bestätigung der Reservierung vorzulegen.

5.3. Artenschutz

Es wurde beurteilt, ob nach europäischem und nationalem Recht geschützte Pflanzen- und Tierarten von dem Planvorhaben betroffen sein können und wenn ja, ob es Möglichkeiten der Minderung oder des Ausgleichs von Beeinträchtigungen gibt.

Auf Grund des hohen Versiegelungsgrads im Bestand, der Nachbarschaft zu Schule und Sportplatz sowie der Nutzung der Skateanlage kann das Vorkommen von Pflanzenarten, die nach Anhang der FFH-Richtlinie geschützt sind, aber auch das Vorkommen geschützter Amphibien, Reptilien, Weichtiere, Libellen, Käfer, Falter und Säugetiere für das Untersuchungsgebiet ausgeschlossen werden.

Die Fällung der Bäume zur Baufeldfreimachung wurde im Winterzeitraum durchgeführt, nachdem geprüft wurde, ob geschützte Tiere dort ihre Lebens-, Nahrungs- bzw. Bruträume haben. Auch während der Fällarbeiten wurde kein Vorkommen geschützter Arten festgestellt.

Für Fledermäuse als Sommer- oder Winterquartiere nutzbare Strukturen wie Gebäude oder Höhlen sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden bzw. blieben unverändert.

6. Flächenzusammenstellung

	Gemeinbedarfsfläche Schule/Container	Fläche für Sport- und Spielanlagen Skateanlage	Sonstiges Sondergebiet <i>Gastronomie</i>
Grundstücksflächen der Baugebiete	791 m²	1.578 m ²	495 m²

Anlage



Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 8 mit Geltungsbereich der 4. Änderung (ohne Maßstab)